Abgeordnetenhaus BERLIN

Drucksache 18 / 27 883
Schriftliche Anfrage

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Bettina Domer (SPD)

vom 09. Juni 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 09. Juni 2021)

zum Thema:

Kiezorientierte Gewalt- und Kriminalitätsprävention in Spandau: Umsetzungsstand Präventionsrat, Teil II

und **Antwort** vom 24. Juni 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 25. Jun. 2021)

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses sind bei der Kulturbuch-Verlag GmbH zu beziehen.
Hausanschrift: Sprosserweg 3, 12351 Berlin-Buckow · Postanschrift: Postfach 47 04 49, 12313 Berlin, Telefon: 6 61 84 84; Telefax: 6 61 78 28.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Frau Abgeordnete Bettina Domer (SPD)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/27 883
vom 09. Juni 2021
über Kiezorientierte Gewalt- und Kriminalitätsprävention in Spandau: Umsetzungsstand Präventionsrat, Teil II

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung:
Die Schriftliche Anfrage betrifft Sachverhalte, die der Senat nicht allein aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er war gleichwohl bemüht, Ihnen eine Antwort auf Ihre Anfrage zukommen zu lassen und bat das Bezirksamt Spandau um Stellungnahme, die in die Beantwortung eingeflossen ist.

Vorbemerkung der Abgeordneten:
Unter der Koordination der Landeskommission Berlin gegen Gewalt wurden in 2017 in allen Bezirken Präventionsräte eingerichtet und mit den erforderlichen Mitteln ausgestattet, um in den Bezirken Präventionsprojekte zu fördern. Die Arbeitsstelle Jugendgewaltprävention hat für jeden Bezirk ein Bezirksprofil (eine Situationsanalyse mit Vorschlägen für gewaltpräventive Maßnahmen) und einen Handlungsleitfaden zur Einrichtung von Präventionsräten entwickelt. Mit dem „Berliner Modell“ der kiezorientierten Gewalt- und Kriminalitätsprävention als integrativem Bestandteil der urbanen Sicherheit wurde in den letzten Jahren ein starkes Netzwerk aufgebaut und stabile Strukturen geschaffen. In den bezirklichen Präventionsräten setzen sich Akteurinnen und Akteure aus der Bezirkspolitik, der Verwaltung, freien Trägern und zivilgesellschaftlichen Gruppen für gewaltfreie, sichere und lebenswerte Nachbarschaften ein.

1. Welche Herausforderungen identifiziert der Bezirk Spandau hinsichtlich der kiezbezogenen Gewalt- und Kriminalitätspräventionsarbeit? (Bitte die Schwerpunkte und Herausforderungen in den einzelnen Kiezen darstellen, sofern es hier unterschiedliche Lagen und Ansätze gibt)

Zu 1:
Der Gewaltpräventionsrat orientiert sich an den Ergebnissen/Informationen der Austauschrunden, Expertisen und Daten – Monitoring Soziale Stadtentwicklung, Monitoring Jugendgewaltdelinquenz, Mikrozensus des Amts für Statistik Berlin-Brandenburg u.v.m..

Erkenntnisse bisher:

Häusliche Gewalt, Kindesmisshandlung, Jugendgewalt sind Formen von Gewalt, die in Spandau besonders ausgeprägt sind.

Die Fälle häuslicher Gewalt sind in Spandau im Vergleich zu Berlin insgesamt deutlich erhöht, wobei Heerstraße Nord, Spandau Mitte, Wilhelmstadt und Siemensstadt auch im Spandauer Vergleich eine hohe Belastung aufweisen (Berliner Monitoring Jugenddelinquenz – Fünfter Bericht 2019: 121).

Überdurchschnittlich hoch ist die Jugendgewalt in den Bezirksregionen Spandau Mitte und Wilhelmstadt (Berliner Monitoring Jugenddelinquenz – Fünfter Bericht 2019: 117).

Im Berliner Vergleich ist in Spandau eine sehr hohe Zahl der Misshandlungen von Kindern und Schutzbefohlenen auffallend (Berliner Monitoring Jugenddelinquenz – Fünfter Bericht 2019: 121). Auch Kindeswohlgefährdungen werden dem Jugendamt in Spandau vergleichsweise öfter angezeigt; bezüglich der Misshandlung von Kindern und Schutzbefohlenen sind die Zahlen in Siemensstadt und Spandau Mitte hoch (Berliner Monitoring Jugenddelinquenz – Fünfter Bericht 2019: 122).

Verschiedene sozialwissenschaftliche Studien haben gezeigt, dass die soziale Lage der Nachbarschaften und der in ihnen lebenden Kinder und Jugendlichen eine der wichtigsten Einflussgrößen auch für Jugendgewalt ist (Berliner Monitoring Jugenddelinquenz – Fünfter Bericht 2019: 120).

Einzelne Sozialindikatoren deuten auf eine im bezirklichen Durchschnitt erkennbare soziale Benachteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner gegenüber dem Landesdurchschnitt hin (Berliner Monitoring Jugenddelinquenz – Fünfter Bericht 2019: 121). Gerade in Bezug auf Kinderarmut ergeben sich deutliche Abweichungen vom Berliner Durchschnitt: Während landesweit knapp unter 30 % der unter 15-Jährigen in Haushalten mit Transferbezug leben, sind es in Spandau etwas mehr als 40 % (Berliner Monitoring Jugenddelinquenz – Fünfter Bericht 2019: 121).

Schwerpunkte (2 Beispiele)

Bsp.1: Schwerpunkt: Häusliche Gewalt
Ungleichheit der Geschlechter (Einkommen, Entscheidungsmacht, unbezahlte Care-Arbeit), fehlende Beratungs- und Hilfsangebote, fehlender Wohnraum, fehlende Täterkurse, lange Sorgerechtsverfahren etc.

Bsp. 2: Schwerpunkt: Jugendgewaltdelinquenz,
besonders in Gebieten mit einem niedrigen sozialen Index, etwa Spandau Mitte.
Schuldistanz, familiäre Problemlagen, Perspektivlosigkeit etc.
Herausforderungen: Familiensozialarbeit, Schulsozialarbeit, Armutsbekämpfung, Betreuungsmöglichkeiten für Kinder-/Jugendliche

2. Laut dem Bericht: Kiezorientierte Gewalt- und Kriminalitätsprävention in Berlin - Zum Umsetzungsstand der Förderung und aktuellen Entwicklungstrends in den Bezirken von 2020 wird auf Seite 76 für das Bezirksregionenprofil Spandau die Problemlagen mit Interkulturellen Konflikten angegeben, um welche handelt es sich speziell?

Zu 2:
Interkulturelle Konflikte zwischen alteingesessenen und neuzugewanderten Personengruppen waren auf den Stadtteilkonferenzen immer wieder Thema. Mit Hilfe der aufsuchenden Sozialarbeit können und konnten diese befriedet werden, aber auch zukünftig aufkeimende Konflikte sollten durch gute soziale Arbeit in der Nachbarschaft weiter bearbeitet werden.

3. Ebenso auf Seite 76 des Berichtes werden unter der Kategorie Projekte 2019: Aufsuchende Sozialarbeit mit Geflüchteten, Aufsuchende Sozialarbeit mit Sinti-und Romafamilien, Offene Familienwohnung angegeben. Mit welchen Maßnahmen und mit welchen finanziellen Mitteln und mit welchen Ergebnissen wurden diese drei Projekte in 2019 durchgeführt?

Zu 3:
Das Projekt Straßensozialarbeit mit jungen Geflüchteten (Outreach gGmbH) wurde in Spandau Mitte durchgeführt und umfasste unter anderem regelhafte Rundgänge in den Bahnhof Arcaden, dem Münzinger Park sowie dem Lindenufer und der Altstadt. Zudem wurde im Rahmen des Projekts auch Einzelfallarbeit geleistet (z.B. Begleitung bei Terminen oder Erklärung von behördlichen Angelegenheiten) und die Begleitung und Unterstützung einer Mädchengruppen im Freizeitbereich. Das Projekt hatte 2019 ein Fördervolumen von 89.363,00€. Durch das Projekt konnte die Zielgruppe der jungen Geflüchteten erreicht werden. Erfolge bei der Beschaffung von Dokumenten oder der Vermittlung von Schulplätzen bewirkte positive Entwicklungen bei den jungen Geflüchteten.

Das Projekt südost Mobil unterstützte Familien aus Südosteuropa (südost Europa Kultur e.V). Im Rahmen eines integrativen Präventionsansatzes ging es in dem Projekt um die Vernetzung der Familien mit den relevanten Akteuren vor Ort, wie den Schulen, dem Jugendamt, dem KJGD, verschiedenen Familienzentren und Jugendfreizeiteinrichtungen. Neben der Vermittlung der Familien an die Regeldienste stand in dem Projekt auch die Sensibilisierung von Fachkräften sowie die Analyse von Schnittstellen von Bedarfen der Regeldienste im Vordergrund. Zudem fanden im Rahmen des Projekts Interventionen bei nachbarschaftlichen Konflikten statt. Das Projekt wurde 2019 mit 47.283,00€ gefördert. U.a. könnte eine zügige Kontaktaufnahme in Einzelfällen, Streitschlichtung sowie Vernetzung mit Regeldiensten erreicht werden.

Das Projekt offene Familienwohnung im Falkenhagener Feld zielte darauf, einen sicheren Ort für Kinder zu schaffen, an dem sie sich aufhalten konnten. Hier können die Kinder ihre Hausaufgaben erledigen, spielen, sich unterhalten oder ausruhen. Es handelt sich hierbei um ein niedrigschwelliges Angebot in der Nachbarschaft Falkenhagener Feld, das – neben den pädagogischen Fachkräften – auch durch einen Pool an ehrenamtlichen Tätigen gekennzeichnet ist. Das Projekt wurde 2019 mit 13.354,00€ gefördert. Das Projekt wird von den Familien vor Ort als vorbildhaft erlebt, das Familienleben sowie die Bindung an die Nachbarschaft gestärkt.

4. Welche Gründe lagen für diese drei Schwerpunkte zugrunde?

Zu 4:
Fehlende Maßnahmen/Angebote in der Regelstruktur.

5. Erfolgte bei dem Schwerpunkt ‚Geflüchtete' eine inhaltliche Abstimmung und Kooperation mit BENN im Falkenhagener Feld? Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?

Zu 5:
Ja. Der Gewaltpräventionsrat lebt vom Austausch mit externen Fachkräften, Vertreterinnen bzw. Vertretern von Arbeitsgruppen und anderen Expertinnen bzw. Experten. Auch der Austausch mit den Expertinnen und Experten im Falkenhagener Feld, wie „BENN – Berlin Entwickelt Neue Nachbarschaften" wird stattfinden.

6. Erfolgte bei dem Schwerpunkt ‚Aufsuchende Sozialarbeit mit Sinti -und Romafamilien' eine inhaltliche Abstimmung und Kooperation mit Trägern wie Amaro Foro e.V. ? Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?

Zu 6:
Ja. Kommunikation und Austausch findet selbstverständlich auch mit Selbsthilfeorganisationen wie Amaro Drom und Amaro Foro als transkulturellen Jugendverband von Rom*nja und Nicht-Rom*nja oder RomaniPhen statt.

7. Erfolgte bei dem Schwerpunkt ‚Offene Familienwohnung' die inhaltliche Abstimmung und Kooperation und Zusammenarbeit mit dem Träger der Offenen Familienwohnung im Falkenhagener Feld? Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?

Zu 7:
Ja. Vor allem im Rahmen der regelmäßigen Steuerungsrunden des Projekts „Offene Familienwohnung".

8. Wird es dazu eine inhaltliche Auswertung/Bericht geben? Wenn ja, wann?

Zu 8:
Zur offenen Familienwohnung wurde zwischen November 2016 und Dezember 2018 eine begleitende Projektevaluation von Victoria Schwenzer der Camino gGmbH durchgeführt.

9. Betrachtet der Bezirk Spandau zum Thema Kiezorientierte Gewalt- Kriminalitätsprävention nur die drei oben erwähnten Schwerpunkte (Geflüchtete, Sinti und Roma und Offene Familienwohnung)? Oder gibt es noch andere Problemlagen im Bezirk?

Zu 9:
Die Bandbreite des Gewaltpräventionsrat Spandau ist vielfältig: von Gewaltphänomenen Cyber-Gewalt über Hasskriminalität. Hinsichtlich der zur Verfügung gestellten Finanzmittel (150.000,- pro Jahr) findet eine Schwerpunktsetzung statt.
Bandbreite siehe Website des Gewaltpräventionsrates: https://www.berlin.de/ba-spandau/politik-und-verwaltung/gremien/praeventionsrat/.

Im Jahr 2021 werden etwa die Bereiche häusliche Gewalt, Gewalt gegen Kinder- und Jugendliche sowie Gewalt gegen Menschen mit Behinderung behandelt bzw. präventive Projekte in diesen Bereichen gefördert. Vgl. hierzu die Website des Gewaltpräventionsrates: https://www.berlin.de/ba-spandau/politik-und-verwaltung/gremien/praeventionsrat/.

10. Welche ursächlichen Problemlagen der Gewalt- und Kriminalitätsentwicklung werden durch den Bezirk Spandau als vorrangig und welche als nachrangig betrachtet? (Bitte in Bezug auf die Ortsteile darstellen)

Zu 10:
Die Problemlagen im Bereich der Gewalt- und Kriminalitätsentwicklung sind zu 1 bereits zusammengefasst. Ausführlichere Informationen siehe (Berliner Monitoring Jugenddelinquenz – Fünfter Bericht 2019). Es gibt keine nachrangigen Problemlagen.

Über die Förderung entscheidet der Gewaltpräventionsrat anhand der Einreichungen/Projektvorschläge von Fachstellen im Bezirk, z.B. Trägern, denen in der Arbeit konkrete Probleme im Bereich der Gewaltprävention aufgefallen sind.

Für die Zukunft ist dennoch vorstellbar, dass Schwerpunktthemen für einen Zeitraum gesetzt werden, um z.B. mit der Gesamtfördersumme ein konkretes Problemfeld anzugehen. Hierzu befindet sich der Gewaltpräventionsrat im Austausch.

11. Für welche Maßnahmen, Projekte und Veranstaltungen wurden die vom Senat bereitgestellten Mittel im Bezirk Spandau in den letzten beiden Jahren im Bereich Gewalt- und Kriminalitätsprävention ausgeben? (Bitte nach Ort, Maßnahme, Träger und Kosten darlegen)

Zu 11:
Zum Förderjahr 2019 siehe zu 3.

Im Förderjahr 2020 sind im Bezirk Spandau folgende Projekte (weiter) gefördert worden. Das Projekt „aufsuchende u. standortgebundene Jugendarbeit für geflüchtete Jugendliche“ (60.000,00€) sowie das Projekt „südost mobil“ (60.000,00€) (nähere Informationen zum Projekt siehe zu 3). Anpassungen fanden in den Projekten aufgrund der Corona-Pandemie statt (siehe auch zu 17).

Im Förderjahr 2021 werden in Spandau Projekte in folgenden Sozialräumen gefördert.

Das Projekt im Sozialraum Spandauer Neustadt (Frauenselbsthilfe - Frauen gegen Gewalt e.V., 68.800,- €): StoP Stadtteil ohne Partnergewalt. Das Projekt verfolgt einen gemeinwesen-aktivierenden Ansatz zur Prävention von Gewalt gegen Frauen und Kinder. Ein achtstufiges Handlungskonzept, das auf der primären Präventionsebene ansetzt und insbesondere die sekundäre Prävention, also Ursachen von Gewalt und das Umfeld analysiert und zu verändern sucht.

Das Projekt in den Sozialräumen Haselhorst und Staaken (Kirchenkreis Spandau e.V., €70.000): Hierbei handelt es sich um die niedrigschwellige Beratung problembelasteter Familien zu verschiedenen Themen, u.a. interfamiliäre/häusliche Gewalt, Kindesmisshandlung, Kindeswohlgefährdung.

Die Workshops zur Gewaltprävention für Menschen mit Behinderung (Johanniter Unfallhilfe e.V., €11.000): im Sozialraum Staaken zum Thema Hasskriminalität, struktureller Gewalt und sozialer Marginalisierung mit Workshops zum Umgang mit Gewalt (körperlich, sozial, strukturell) für Menschen mit Behinderung.

12. Für welche Maßnahmen, Projekte und Veranstaltungen wurden zusätzliche bezirkliche Mittel im Bezirk Spandau in den letzten beiden Jahren im Bereich Gewalt- und Kriminalitätsprävention ausgegeben? (Bitte nach Ort, Träger, Maßnahme und Kosten darlegen)

Zu 12:
Hierzu liegen derzeit keine Informationen vor.

13. Beurteilt der Präventionsrat in Spandau die Mittelansätze bislang als ausreichend?

Zu 13:
Für die Gewalt- und Kriminalitätsprävention in Spandau leisten die Mittel der Landeskommission Berlin gegen Gewalt einen unverzichtbaren Beitrag.

14. Welche Maßnahmen aus dem Bereich Öffentlichkeitsarbeit, Homepage und Social Media konnten im Rahmen der bezirklichen Gewalt- und Präventionsarbeit umgesetzt werden?

Zu 14:

- Vorträge in verschiedenen Spandauer Netzwerken, Stadtteilkonferenzen, Arbeitsgruppen und Ausschüssen
- Pressemitteilungen
- Website
- Bewerbung durch die Träger

15. Welche Rahmenbedingungen würden die Arbeit des Präventionsrates Spandau erleichtern? (Bitte Bedarfe, Schwerpunkte und Bewertung der aktuellen Lage zur Gewalt- und Kriminalitätsprävention in Spandau darlegen)

Zu 15:
Der Gewaltpräventionsrat Spandau arbeitet selbst an der Verbesserung der Rahmenbedingungen durch die Einbeziehung der Fachamtsleitungen und die unter 5 skizzierte Hinzuziehung von Expertinnen und Experten.

16. Wie bewertet der Bezirk die lokalen Präventionsstrukturen in den Spandauer Ortsteilen?

Zu 16:
Die lokalen Präventionsstrukturen in den Spandauer Ortsteilen werden sukzessive in den Blick genommen und in einen gegenseitigen Austausch gebracht. Es gibt in Spandau viele engagierte Personen, die sich auf diverse Arten in die verschiedenen Formen von Prävention einbringen.

17. Sind die Rahmenbedingungen hinsichtlich der kiezorientierten Gewalt- und Kriminalitätsprävention nach dem Berliner Modell während der Coronavirus Pandemie in Spandau erschwert worden? (Falls ja, bitte kurz erläutern welche Problemlagen während der Pandemie zugenommen haben)

Zu 17:
Die Bedingungen, etwa für die aufsuchende soziale Arbeit oder Workshops mit Menschen mit Behinderung, wurden in Spandau, wie in allen Bezirken, durch die pandemiebedingten Hygienevorschriften und Abstandsregeln erschwert. Projekte und Maßnahmen wurden angepasst, um den Eindämmungsvorschriften entsprechend weiter arbeiten zu können.

Auf die neuen Herausforderungen von Gewaltprävention in Zeiten der Pandemie hat die Landeskommission Berlin gegen Gewalt reagiert und gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung am 20. April 2021 eine Konferenz durchgeführt. Die Friedrich-Ebert-Stiftung und die Landeskommission Berlin gegen Gewalt haben gemeinsam mit Fachleuten der Berliner Präventionsarbeit der Frage diskutiert, wie es in den bezirklichen Präventionsräten Berlins gelingt, integrierte gewaltpräventive Strategien unter den Bedingungen der Corona-Pandemie umzusetzen und weiter zu entwickeln.

Berlin, den 24. Juni 2021

In Vertretung

Aleksander Dzembritzki
Senatsverwaltung für Inneres und Sport